

Seit Klingbeil in Schröders Wahlkreisbüro gearbeitet hat, ist ihre Verbindung intensiv und persönlich.

Foto Twitter/Lars Klingbeil

Lars Klingbeil soll im Dezember Vorsitzender der SPD werden. Damit will nach Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel wieder ein Mann an die Spitze der Partei, der eng verwoben ist in die Bildteppiche, welche die Freunde des russischen Präsidenten Wladimir Putin seit dessen Überfall auf die Ukraine weben. Um diese Gewebe aus Legenden, Geschäft und scheinbarem Dialog wird es in diesem Artikel gehen. Und immer auch um Klingbeil. Ist er ein Weber wie sein Mentor, Altkanzler Gerhard Schröder, Putins mächtigster Mann in Deutschland, oder ist er ein Faden, der verwoben wurde, ohne viel zu fragen?

Klingbeil ist mit drei Menschen verbunden, die mit Putin befreundet sind – manche eng, andere ein bisschen weniger. Der erste ist Schröder. Der steht Putin so nahe, dass der Präsident schon mal spontan bei ihm auftaucht, wenn er Geburtstag feiert. Klingbeil wiederum hat in den Nullerjahren in Schröders Wahlkreisbüro gearbeitet, und seither ist ihre Verbindung intensiv und persönlich. Sie laden sich zu ihren Hochzeiten ein, und in den letzten zwei Bundestagswahlkämpfen ist Schröder jeweils in der heißen Phase im Wahlkreis seines alten Mitarbeiters aufgetreten.

Bei einem dieser Auftritte ist es dann auch um Russland gegangen. Es war im September 2017, im dritten Jahr des russischen Krieges in der Ukraine. Schröder galt damals schon als Putins wichtigster Lobbyist in Europa. Er ist Chef des Gesellschafterausschusses bei Nord Stream. Das ist die russische Ostseepipeline, die seit Putins Überfall auf die Halbinsel Krim dazu dient, die Ukraine als Erdgas-Transitland auszuschalten und so einen Krieg ohne Risiken für Russlands Geschäfte möglich zu machen. Kurz vor Schröders Auftritt war aber noch eine weitere Verbindung bekannt geworden – eine, welche die damalige Führung der SPD erheblich irritierte: Der frühere Kanzler wollte noch einen zweiten russischen Job annehmen: Den Vorsitz im Aufsichtsrat des staatlichen Erdölkonzerns Rosneft. Der ist neben dem Geheimdienst mit seinen Giftküchen der vielleicht wichtigste Pfeiler im System Putin, und wegen des Ukraine-Krieges steht er auf der Sanktionsliste der EU. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat von 2017, Martin Schulz, hatte Schröder deshalb hörbar kritisiert, als dessen Pläne bekannt wurden.

Klingbeil, damals SPD-Kandidat für den Wahlkreis Rotenburg I – Heidekreis, lud den früheren Kanzler trotzdem zu sich auf die Bühne. Es ging kumpelhaft zu. Schröder, bester Laune und mit offenem Kragen, bettete seine russischen Pläne in jenes historische Plaudermärchen, das bis heute das Leitmotiv der Erzählung vom Frieden durch russische Gasröhren ist. Sie lautet, in Schröders Worten von damals: Immer dann, wenn es zwischen Deutschland und Russland „einigermaßen ging“, habe in Europa, „Frieden und Perspektive“ geherrscht.

Diese Sicht ist einerseits geschichtsblind. Historisch war deutsch-russische Eintracht nämlich oft kein Friedensbund sondern ein Beutepakt zu Lasten Dritter. Die 123 Jahre der Teilung Polens bezugen das ebenso wie der mörderische Hitler-Stalin-Pakt von 1939, in dem Berlin und Moskau Mitteleuropa unter sich aufteilten. Andererseits aber ist diese Sicht nützlich, denn sie erlaubt es, auch dann Geschäfte mit Russland zu machen, wenn es gerade Krieg gegen eines der Länder im Zwischenraum führt. Zum Beispiel gegen die Ukraine. Man muss nur wegschauen können.

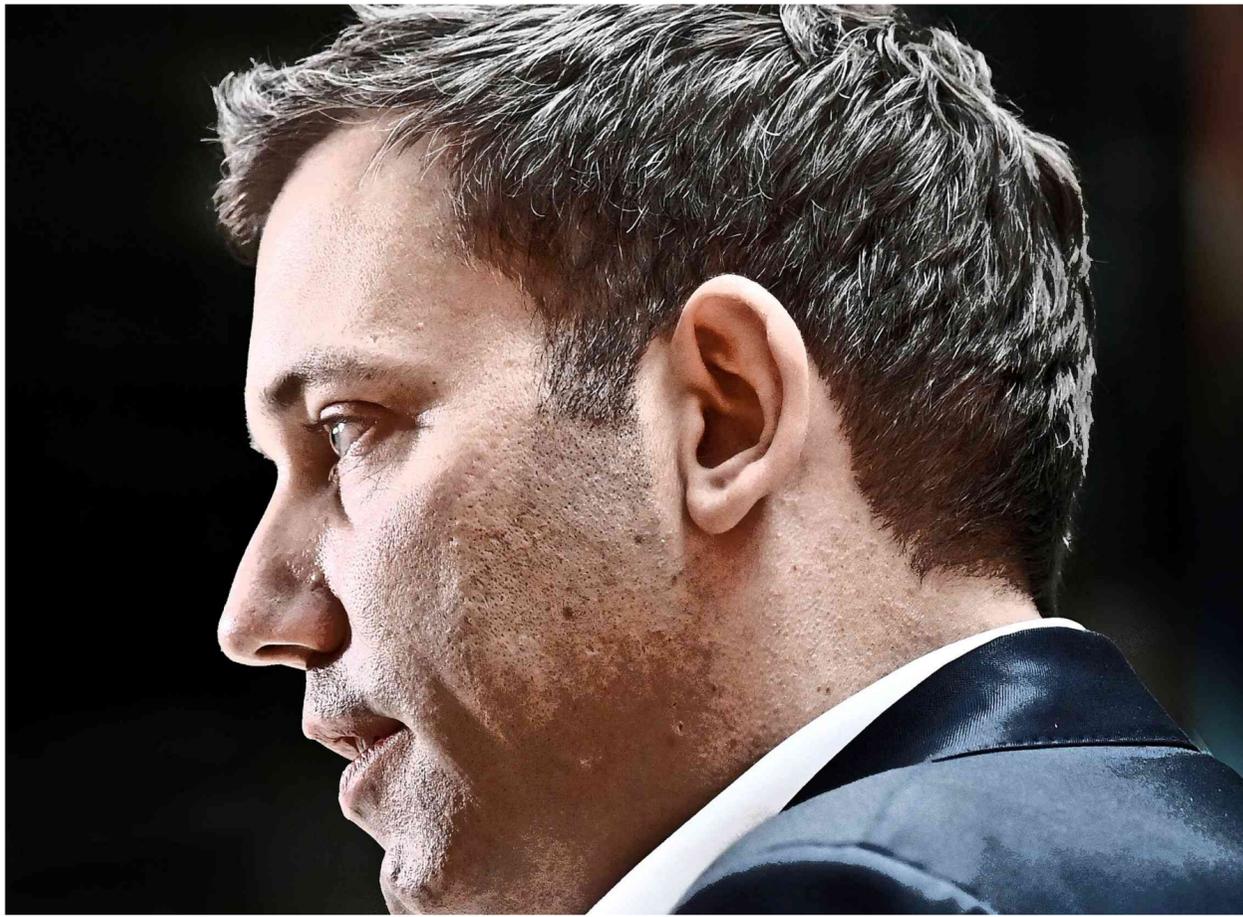
Klingbeil hat das an diesem Abend gekonnt. Während der Viertelstunde, in der



## Die Weber und ihr Faden

Putins Freunde in Deutschland knüpfen ihre Teppiche. Einer der Fäden heißt Lars Klingbeil.

Von Konrad Schuller



sechs Staatsunternehmen wie Gazprom Germania und die Staatsbahn sowie der Stahlkonzern „Sewerstal“ des Wiese-Kunden Mordaschow. Zu den Rednern zählten im Laufe der Jahre neben Schröder auch der frühere Hamburger Erste Bürgermeister Henning Voscherau. Der war bis zu seinem Tod eine Art südlicher Schröder, denn er führte den Aufsichtsrat des russischen Schwarzmeer-Pipeline-Unternehmens „South Stream“. Das hat genau wie Nord Stream den Zweck, die Ukraine im Gastransit zu umgehen. Klingbeil ist in diesem Verein nicht einfach nur Mitglied. Zusammen mit Wiese sitzt er im Kuratorium, und dort wiederum ist er in höchster russischer Gesellschaft: Maria Kotenewa, Gattin eines früheren russischen Botschafters in Berlin, gehört ebenso dazu wie das Gazprom-Aufsichtsratsmitglied Viktor Martynow.

Und in diesem Zusammenhang taucht dann auch die dritte Person in Klingbeils Kreisen mit direktem Bezug zu Wladimir Putin auf: Die russische Pianistin und Kulturmanagerin Irina Nikitina. Sie ist eine Jugendbekanntschaft des Präsidenten. Ein Foto aus den Achtzigerjahren zeigt sie zu seiner Rechten bei der Taufe seiner Tochter Maria. In der Presse wird sie als Patin des Kindes beschrieben. Eine entsprechende Frage der F.A.S. hat sie allerdings nicht beantwortet. Paten und Patinnen aber sind für Russen wichtig. Sie gehören zur Familie wie Blutsverwandte. Dass Putin, damals KGB-Offizier mit strengen Kontaktregeln, diese Frau so nah in seinen Umkreis ließ, zeigt, wie sehr er ihr vertraut haben muss.

Bis heute ist Irina Nikitina ein Star der St. Petersburger Society. Der Ball ihrer Konzertstiftung „Musical Olympus“ ist ein Höhepunkt der weißen Nächte, und natürlich findet er immer in Zarenpalästen statt, unter anderen in solchen, die dem Präsidenten unterstehen.

Klingbeil will über seine Kontakte in diesem Kreis nicht öffentlich sprechen. Die SPD-Pressestelle bestätigt jedoch, dass er auf den jährlichen Konferenzen der „Neuen Generation“ mehrmals „Referent“ gewesen sei. Wie eng er dabei mit Putins Jugendfreundin Nikitina und dem Gazprom-Aufsichtsrat Martynow in Verbindung gekommen ist, bleibt in der Stellungnahme vage: „Herr Klingbeil“, heißt es da, habe auf den Konferenzen der „Neuen Generation“ eine „Vielzahl von Gesprächen“ geführt. Ob auch diese beiden dazu gehört hätten, lasse sich „nachträglich nicht nachvollziehen“. Ebenso wenig lässt sich rekonstruieren, ob er in diesem Kreis jemals die russische Invasion in der Ukraine oder die Annexion der Krim kritisiert hat. Er selbst behauptet es nicht, und nichts weist darauf hin.

Seit 2017 hat Klingbeil sich dann nach Auskunft der Pressestelle nicht mehr „aktiv“ bei der „Neuen Generation“ eingebracht, obwohl seine Funktion bis 2021 auf seiner Website erkennbar war. Beim Lesen der Auskunftsmail entsteht der Eindruck, dass er in der Weberei der russischen Legenden, zu der sein Verein gehört, nicht Weber war, sondern eher ein Faden, den andere woben.

Seither ist Klingbeil Generalsekretär der SPD geworden. In dieser Funktion hat er die Annexion der Krim öffentlich missbilligt und, anders als sein Freund Wiese, das Attentat auf Nawalnyj verurteilt, ohne schlecht über das Opfer zu reden. Eines aber hat er dann doch noch gleich hinzugefügt: Er hat verlangt, dass die Geschäfte trotzdem weitergehen müssen, vor allem Nord Stream 2. Schröders Erzählung eben: Solange es „einigermaßen geht“ zwischen Deutschland und Russland, ist alles gut.

Lars Klingbeil ist Kurator in einem Verein voll mit Freunden Putins. Wen er dort kennengelernt hat, weiß er nicht mehr so genau.

Foto AFP / Bearbeitung F.A.S.

Schröder seine Geschäfte als Friedensprojekt ausmalte, hat er kein einziges Mal die Ukraine erwähnt, obwohl dort damals schon zehntausend Menschen durch Putins Invasion gestorben waren. Die erste Frage, die er seinem früheren Chef nach dessen Geschichtsstunde stellte, war, ob der Fußballverein Hannover 96 den Klassenerhalt schaffen werde.

Der Zweite aus Klingbeils Kreis, der mit Putin direkt Verbindung hält, ist der frühere SPD-Abgeordnete Heino Wiese. Auch bei ihm war Klingbeil früher Assistent, und an diesem Wahlkampftag mit Schröder saß Wiese mit im Raum. Klingbeil begrüßte ihn als Freund.

Genau wie Schröder pflegt auch Wiese einträgliche Verbindungen nach Russland. Er besitzt ein Consulting-Unternehmen in Berlin und hat der F.A.S. bestätigt, dass er zum Beispiel beim Einstieg des russischen Oligarchen Alexej Mordaschow bei der deutschen TUI geholfen hat. Mordaschow gilt als der viertreichste Mann Russlands, und genau wie Schröders Arbeitgeber Rosneft steht auch eines seiner Unternehmen wegen des Kriegs in der Ukraine auf westlichen Sanktionslisten.

Aber Klingbeils Freund Wiese hat noch mehr und engere Verbindungen zu Moskau. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag wurde er russischer Honorarkonsul in Hannover, und als er 2015 ein Russland-Buch herausgab, stellte er es dem Publikum unter den prachtvollen Kronleuchtern der russischen Botschaft in Berlin vor. Zu den Laudatoren gehörte neben dem Botschafter der damalige SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel (auch er ein großer Verfechter der These vom Frieden durch russisches Gas), und unter den Gästen sah man den Chef der russischen Staatsbahn, Wladimir Jakunin – abermals ein Mann mit einem Eintrag in den Sanktionslisten des Westens.

Und wieder war es wie an jenem Abend mit Schröder: Keiner der Festredner erwähnte die besetzte Krim. Dafür floss ein wenig Geld. Wiese hat der F.A.S. bestätigt, dass „deutsche und russische Unternehmen“ sein Buch mit knapp

10 000 Euro gefördert hätten. Er hat nicht dementiert, das auch der Staatskonzern Gazprom dabei war, die Muttergesellschaft von Schröders Nord Stream. Das Rechercheteam Policy Networks Analytics hat dargestellt, dass er der SPD von 2009 bis 2017 genau 48 282 Euro gespendet hat. Er selbst schreibt dazu, er spende jedes Jahr 10 000 bis 20 000 Euro an seine Partei.

Wiese ist neben Schröder (mit dem er früher gern in einer Hannoveraner Kneipe Skat spielte) einer der wichtigsten Mittelsmänner zwischen Putin und der SPD. Die Journalisten Markus Balsler und Uwe Ritzer haben das untersucht. Sie zitieren ihn mit den Worten, er kenne Putin persönlich und schreibe ihm manchmal, „was er besser machen könnte“. Manchmal bekomme er auch Antworten „direkt vom Chef“. Der F.A.S. gegenüber hat Wiese das nicht bestritten, und er hat auch nicht geäußert, dass er Sigmar Gabriel, mit dem er manchmal „auf Abspeckkur“ geht, gelegentlich „beim Thema Russland bearbeitet“ habe. Zugleich verbreitet er russische Erzählungen. Als der Putin-Kritiker Alexej Nawalnyj Opfer eines Giftanschlags wurde, hat Wiese ihn als Nationalisten „rechts von der AfD“ verunglimpft.

Was sagt das über Klingbeil? Ist er verantwortlich für alle Dummheiten seiner Bekannten? Natürlich nicht. Auch ein Politiker kann Freunde haben, die manchmal schlimme Sachen sagen. Aber er muss ihnen keine Bühne geben und dann schweigen. Er muss sich nicht in Teppiche einweben lassen, in denen andere die Webschiffchen fliegen lassen.

Genau das aber ist Klingbeil mit seinem Freund Wiese passiert. Seit vielen Jahren gehören die beiden nämlich zum Kuratorium eines Vereins namens „Deutschland-Russland – Die Neue Generation“. Der veranstaltete bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie jährlich pompöse Netzwerktreffen und beschrieb sich als privat, „non-profit“ und politisch unabhängig. Bei genauem Hinsehen wird aber vieles sichtbar, was weder privat ist noch „non-profit“. Zu den Sponsoren gehören laut Website russi-

## Grüne Kämpfe, grüne Ziele

Der Aufstand gegen Özdemir ist verpufft. Für die Partei kommt es jetzt darauf an, dass so etwas nicht wieder passiert. Sonst wird es nichts mit dem Klima.

Für die Grünen gibt es nach dem Liliputaneraufstand der Parteilinken gegen die Ministerpläne des Ultrarealoes Cem Özdemir eine gute Nachricht und eine schlechte. Die schlechte: Der alte Flügelkrieg war wieder da. Die gute: Er war kurz, und es ist nicht einmal klar, ob es wirklich ein Flügelkrieg war. Als der Pulverdampf sich

am Donnerstagabend nach einem Tag Heckengeballer verzogen hatte, standen die Rebellen da und hatten nichts erreicht. Özdemir war und blieb Minister in spe, auch wenn er jetzt das Agrarressort führen muss, das er partout nicht wollte. Es bleibt bei dem Eindruck, dass eine banale Personalintrige sich hier als Flügelkampf getarnt hat. Das zeigt sich

schon daran, dass der linke Flügel der Grünen den Koalitionsvertrag der Ampel erstaunlich gefasst aufnimmt. Die Spitze der Grünen Jugend, die sich als rebellisch sieht und es dann doch nicht immer ist, hat ihren Mitgliedern empfohlen, den Vertrag zu billigen. Auch die Basis „auf der Straße“ ist nicht gerade im Begriff, für den Sturm auf das grüne Hauptquartier am Berliner Platz vor dem Neuen Tor die Rammböcke in Stellung zu bringen. Fridays for Future ist zwar vor allem mit den Klimakapiteln der Koalitionsvereinbarung unzufrieden. In den Tweets der Bewegung firmiert die Ampel schon als #KlimakrisenKoalition. Aber Luisa Neubauer, die bekannteste deutsche Aktivistin der Szene, meint zugleich, man habe – trotz aller Mängel – mit dem Koalitionsvertrag „Unvorstellbares erkämpft“.

Für die Grünen wird es jetzt darauf ankommen, ob es gelingt, Episoden wie die Özdemir-Intrige in Zukunft zu vermeiden. Denn sie haben zwar im Kampf gegen den Klimawandel, ihrem wichtig-

sten Ziel, ein paar entscheidende Bastionen in der neuen Bundesregierung gewonnen. Weil Robert Habeck Umwelt- und Wirtschaftsminister zugleich wird und weil Özdemir das Agrarressort übernimmt, können sie einige der klimaschädlichsten Branchen des Landes im Blick behalten: Stahl, Zement, Energie, Landwirtschaft. Sie haben aber das Problem, dass der Koalitionsvertrag an einigen entscheidenden Punkten zwar Ziele vorgibt, aber noch keine konkreten Maßnahmen. Das gilt für die achtzig Prozent der Stromerzeugung, die bis 2030 nachhaltig werden sollen, das gilt für den Verkehr, der mit dem vorgesehenen CO<sub>2</sub>-Preis von 60 Euro pro Tonne sicher nicht so schnell klimaneutral wird, wie das nötig wäre, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Dass die Ampelpartner sich auf keinen höheren Preis geeinigt haben, liegt an ihrer Angst vor dem Bürgerzorn, denn ein höherer Preis für Kohlendioxid heißt teureres Benzin und teureres Heizöl.

Wenn hier getan werden soll, was für das Klima nötig ist, müssen vor allem FDP

und SPD den Zorn ihrer Wähler fürchten. Wie genau Olaf Scholz deren Stimmung beobachtet, hat sich in der letzten Legislaturperiode gezeigt. Damals blockierte er die ersten Versuche von Umweltministerin Svenja Schulze, einen CO<sub>2</sub>-Preis einzuführen. Als die Boulevardpresse das Thema aufspießte und einen „Steuerhammer“ an die Wand malte, sagte das Finanzressort stopp.

Die Sache wird dadurch noch schwerer, dass die Grünen ihren Ampelpartnern nicht die Art von Kontrolle über die Klimapolitik abringen konnten, die sie gerne gehabt hätten. Bevor der Koalitionsvertrag geschlossen wurde, hatten manche von ihnen gehofft, Habecks künftiges Superministerium für Klima und Wirtschaft würde, ähnlich wie das Finanzressort, das Recht bekommen, jeden Gesetzentwurf aus jedem anderen Haus schon vor der Einbringung ins Kabinett einem „Klimacheck“ zu unterwerfen. Manche hatten dieses gewünschte Privileg als vorgezogenes Vetorecht bezeichnet. Jetzt

kommt der Klimacheck zwar, aber er liegt nicht mehr bei einem grünen Superministerium, sondern jedes Haus ist gehalten, ihn selbst durchzuführen. Den Grünen bleibt damit als Eingriffsmöglichkeit nur noch die Generalklausel im Vertrag, der zufolge kein Partner den anderen überstimmen soll. Das ist aber etwas anderes als gewollt. Es gibt keine Vorabkontrolle von Gesetzen mehr, sondern nur noch die Möglichkeit, im Kabinett ein Veto einzulegen. So ein Veto aber ist in Koalitionskonflikten eine der schwersten denkbaren Waffen. Vielleicht nicht gerade die Atombombe, aber doch die Dicke Berta.

Deshalb werden die Grünen alle Geschlossenheit der Welt brauchen, um sich im Kampf um das 1,5-Grad-Ziel zu behaupten. Nur wer seine eigene Truppe hinter sich hat, kann so einen Kampf gewinnen. Sonst gilt der Spruch von Antoine de Saint-Exupéry, der zuletzt auf der Klimakonferenz von Glasgow immer wieder zitiert worden ist: „Ein Ziel ohne Plan ist nur ein Wunsch.“ ul